

## **Die Rolle der Politik und des Finanzsektors für ein verbessertes Risikomanagement von Klimarisiken**

Rede von  
**Frau Ministerin Bärbel Höhn**  
anlässlich der  
Konferenz  
Klimawandel als Risikofaktor bei Kapitalanlagen -  
Strategien des Finanzsektors für ein zukunftsfähiges  
Risikomanagement  
am 08.10.2003  
im "Malkasten", Düsseldorf

---

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur heutigen Konferenz, der ich gerne gefolgt bin.

Die heutige Konferenz stellt die Abschlussveranstaltung des von Germanwatch gemeinsam mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und dem Verband für Umweltberatung e.V. durchgeführten Agenda 21 NRW Projektes "Institutionelle Investoren für Klimaschutz" dar.

Wir leben in einer Zeit, in der die Bedeutung des globalen Klimawandels trotz vieler kontroverser Diskussionen durch Häufung von Naturkatastrophen faktisch immer stärker ins Bewusstsein der Gesellschaft rückt. Denn von den Folgen erheblich betroffen sind sowohl die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensraum als auch die Wirtschaft.

Ausgangslage für unsere Veranstaltung heute sind die Auswirkungen des Klimawandels auf den Finanzsektor, wovon insbesondere die Versicherungswirtschaft tangiert ist.

In der Fachzeitschrift "Versicherungswirtschaft, 01. Januar 2003, Heft 1" wird folgendes Szenario beschrieben:

- Weltweit verdoppeln sich die durch Naturkatastrophen verursachten wirtschaftlichen Verluste alle zehn Jahre. Sollte sich die gegenwärtige Entwicklung fortsetzen, werden sie im nächsten Jahrzehnt bei etwa 150 Mrd. US-\$ jährlich liegen, ab dem Jahr 2065 könnten sie sogar das Weltsozialprodukt übersteigen.
- Die Veränderungen, die Wissenschaftler für das Wetter in Europa für das Jahr 2050 vorhersagen, könnten ein scharfes Anwachsen der Risiken, die besonders Rückversicherer betreffen, bedeuten. Die Risikobelastung für extremes Wetter könnte sich um den Faktor 9 verändern (...)

Und die Versicherungsgesellschaften haben die Problematik erkannt. So heißt es in einem Beitrag des Vertreters der Münchner Rückversicherung zum Klimakongress NRW am 22. Mai 2002:

"Die Versicherungswirtschaft reagiert seit etwa Anfang der 80er Jahre zunehmend beunruhigt auf die rapide steigenden Schadenbelastungen aus Naturkatastrophen. Die Tatsache, dass über zwei Drittel dieser Schäden von atmosphärischen Extremereignissen wie Stürmen, Überschwemmungen und Unwettern verursacht wurden, nährt den Verdacht, dass die weltweit beobachteten Umwelt- und Klimaveränderungen maßgeblich zu dem Katastrophentrend beitragen. Auch wenn die wissenschaftliche Absicherung dieses Zusammenhangs noch aussteht, so stehen die Plausibilität und gleichzeitig auch die Brisanz dieser Vermutung außer Frage. Wirtschaft und Politik müssen deshalb entsprechend dem Vorsorgeprinzip eine weitere Verschärfung der Katastrophenentwicklung als Folge der erwarteten Klimaveränderungen in ihre Überlegungen einbeziehen und den Kosten wirkungsvoller Vermeidungsstrategien gegenüberstellen."

In ihrem Geschäftsbericht 2002 führt die Münchnener-Rück-Gruppe ferner u.a. aus:

"Da nun das Kioto-Protokoll demnächst ratifiziert sein wird, wirkt sich der Handel mit Emissionszertifikaten - d.h. mit verbrieften Rechten, Treibhausgase in limitiertem Umfang freizusetzen - zum Teil auf die Versicherung aus. Wir untersuchen und bewerten, inwieweit wir bestehende Versicherungsdeckungen anpassen müssen und worin neue Potentiale liegen. Auch für den Kapitalbereich ergeben sich Risiken aus dem Klimawandel. Wir werden dieses Thema mit kontinuierlichen Risikoanalysen sehr aufmerksam verfolgen und entsprechend reagieren. Bei unseren Anlageentscheidungen berücksichtigen wir unter anderem, inwieweit Unternehmen nachhaltig wirtschaften."

Diese Zitate zeigen, dass die Akteure erkannt haben, dass der Klimawandel eine Ursache für die Katastrophen ist, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen bald nicht mehr absehbar sind. Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss sich dieser Risiken bewusst sein und Instrumente entwickeln, die diesem Trend entgegensteuern.

Das Interesse an der Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist eng verbunden mit dem Begriff der "Nachhaltigkeit". Der Begriff ist seit dem Gipfel von Rio 1992 zum Leitbild der globalen Entwicklung geworden und bildet eine Plattform, von der aus die unterschiedlichsten Akteure gemeinsam die Gestaltung der Zukunft angehen.

Nachhaltigkeit ist auch Thema für die Akteure der internationalen Wirtschaftsbühne, sie findet sich u.a. bei den global players wieder, die teilweise ihre Corporate Identity auf die Leitidee der Nachhaltigkeit einstimmen.

Nehmen Sie das Beispiel des vom BDI gegründeten "Forums für nachhaltige Entwicklung" ein s.g. "think tank der Wirtschaft für sustainable development", an dem 20 große deutsche Firmen wie Daimler-Chrysler, VW, Siemens und Allianz beteiligt sind.

Oder, auf den Bereich der Kapitalanlagen bezogen, den "Dow Jones Sustainability Group Index", in dem die nachhaltigsten Unternehmen für Anleger zusammengefasst sind.

Es ist zu beobachten, dass die Unternehmen sich ihrer Umweltverantwortung, ihrem Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung, durchaus bewusst (geworden) sind. Und es zeigt sich, dass Nachhaltigkeit als Wirtschaftsfaktor durchaus zukunftsfähig ist: die Umweltwirtschaft in NRW ist mit einem Jahresumsatz von 23 Mrd. Euro und 120.000 Beschäftigten mittlerweile die drittgrößte Wirtschaftsbranche in NRW.

Ein Kernbereich der Nachhaltigkeit ist der Klimaschutz und der damit verbundene Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Notwendigkeit des effizienten Einsatzes von Energien und der Umstieg auf erneuerbare Energien ist offensichtlich, ich werde diesen Themenkomplex daher nur stichwortartig darstellen:

- wir leben weltweit in einem extremen Ungleichgewicht

- 20 % der Weltbevölkerung in den reichen Industriestaaten des Nordens verbrauchen 80 % der weltweit erzeugten Energie und der für ihre Produktion notwendigen materiellen Ressourcen.
- Ein amerikanischer Bürger zum Beispiel verbraucht das 20-fache an Energie wie ein indischer Bürger
- 20 % der Weltbevölkerung - zu denen auch wir gehören - produzieren auch 80 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Das kann so nicht bleiben.

Um eine umweltverträgliche Energieversorgung für alle zu erreichen, müssen wir bei uns und in den Ländern des Südens konsequent auf Erneuerbare Energien und effizienten Energieeinsatz umstellen.

Die EU will bis 2010 rund 12 % des gesamten Energieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien speisen. Das bedeutet eine Verdoppelung gegenüber heute. Es ist ein erster Schritt auf einem langen Weg.

Wir diskutieren die Energiewende vor dem Hintergrund, dass die für den Energiesektor wichtigen fossilen Rohstoffvorräte in absehbarer Zeit zur Neige gehen.

Auch wenn die Berechnungen und Schätzungen zum Teil sehr weit auseinandergehen - ob in 30, 50 oder 100 Jahren -, eines Tages ist das Erdöl- und Erdgasvorkommen aufgebraucht.

Nachhaltige Energiepolitik als Instrument des Klimaschutzes, diese Notwendigkeit muss einen zentralen Stellenwert der gesellschaftlichen Debatte haben. Doch es sind immer zuerst die konkreten Probleme, die im Vordergrund stehen.

Es fehlt uns heute die öffentliche Debatte über die großen Umweltgefahren des Klimawandels.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht dringend eine breite Diskussion über die künftige Klimapolitik, die ohne Energiewende und ohne Energiesteuern nicht möglich ist.

Für Millionen Menschen auf der Welt waren gerade die letzten Jahre Katastrophenjahre.

Überschwemmungen in Indien, Venezuela, Kanada und in Deutschland. Hurrikane in der Karibik und schließlich Orkane in Westeuropa, die wir in diesem Ausmaß nicht kannten.

Die Rückversicherungen, die den Schaden hauptsächlich zu bezahlen haben, sind beunruhigt und stellen die Frage:

"Hat der Treibhauseffekt schon zugeschlagen?"

Es sieht ganz danach aus.

Der Chef der UN-Umweltbehörde UNEP, Klaus Töpfer, sagte:

"Wir sind bereits im Klimawandel. Die extremen Wettersituationen haben dramatisch zugenommen."

Natürlich kann die Wissenschaft nicht exakt beweisen, dass ein bestimmtes Klimaereignis auf den erhöhten CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre zurückzuführen ist. Dazu sind die Zusammenhänge in der Meteorologie zu komplex.

Aber die Wahrscheinlichkeit ist inzwischen sehr hoch, dass der Trend zunehmender Extrem-Wetter-Ereignisse aus dem durch den Menschen erzeugten zusätzlichen Treibhauseffekt resultiert.

Vor allem aber bekommen wir so eine Ahnung davon, was uns blüht, wenn gegen den Klimawandel nichts weiter geschieht.

Wenn es auf unserem Globus im Laufe der nächsten Jahrzehnte wärmer wird, dann drohen Wasserknappheit und mehr Krankheiten, dann steigt der Meeresspiegel und ganze Staaten könnten untergehen.

Die Erderwärmung wird die Zahl der Wirbelstürme, Sturmfluten und Dürren erhöhen und die Weltagrarproduktion spürbar verringern.

Der Bericht der UN-Umweltbehörde UNEP unter dem Titel "Geo-2000" bestätigt hier die größten Befürchtungen.

Klaus Töpfer hat die Sorge ausgesprochen, dass "wir selbst dann, wenn die Politik jetzt massiv eingreift, in Afrika, Mittelamerika und Asien bereits negative Konsequenzen des Klimawandels haben werden".

In der internationalen Klimapolitik steht daher viel auf dem Spiel, viel mehr jedenfalls, als das internationale Verhandeln um Details vermuten lässt.

Unsere Aufgabe muss es sein, die Aufmerksamkeit auf den praktischen Klimaschutz zu lenken und den Verhandlungen eine politische Richtung zu geben.

Weniger Treibhausgase im eigenen Land, mehr Klimaschutz zu Hause, vor Ort - das ist das politische Thema, das auf der Tagesordnung steht.

Damit bin ich in Nordrhein-Westfalen, dem "Energiewendeland Nr.1 in Europa".

Dieser oft gehörte Satz ist im doppelten Sinne richtig: Keine europäische Region produziert mehr Energie als NRW. Und keine verbraucht mehr Energie.

Fast 30% der in Deutschland genutzten Energie werden zwischen Rhein und Weser verbraucht, hier arbeitet ein Viertel aller Beschäftigten der deutschen Energiewirtschaft.

Aus dieser Situation folgt für die Landesregierung eine ganz besondere Verantwortung für den Umgang mit dem Thema Energie - aus den schon genannten Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes - aber auch aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung für die Zukunft.

Denn die Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien ist nicht nur ökologisch vorteilhaft, sondern bringt auch mehr Arbeitsplätze, weil die Wertschöpfungskette komplett im eigenen Land liegt.

(Für die Energie aus Biomasse haben das die Österreicher einmal ausgerechnet: für einen Arbeitsplatz, der in der klassischen Mineralölwirtschaft wegfällt, entstehen dort im Bereich der energetischen Nutzung von Biomasse 5 neue Arbeitsplätze).

NRW muss daher Vorreiter für eine deutsche und europäische Energiewende sein.

Die Energiewende ist bereits in Gang, wir sind mittendrin. Deutschland hat sich für den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden und will ihn im Zeitraum von rund 25 Jahren auch tatsächlich vollziehen.

Auch deshalb wollen und müssen wir in Deutschland neue Energiequellen erschließen, und deshalb nehmen wir uns des Themas der Erneuerbaren Energien mit aller Ernsthaftigkeit und aller Konsequenz an.

In der Energiewende zur Förderung des Klimaschutzes liegt auch die Chance der Versicherungs- und Investmentbranche: hier bieten sich Instrumente an, mit denen der Finanzsektor steuernd Einfluss nehmen kann.

Vor dem Hintergrund, dass der Klimawandel den wirtschaftlichen Sektor weltweit direkt oder auch indirekt bedroht, was zu nachweisbaren Ertragsminimierung führt, stellt sich die Frage, welche konstruktive Rolle die Versicherungs- und Investmentbranche spielen kann und soll, um hier präventiv einzugreifen.

Bei Finanzdienstleistern stehen im Gegensatz zum produzierenden Gewerbe die direkten betriebsökologischen Auswirkungen naturgemäß nicht im Vordergrund. Vielmehr spielen folgende Bereiche eine wichtige Rolle:

- Umweltaspekte bei der in- und ausländischen Kreditvergabe;
- Umweltaspekte bei Projektfinanzierungen resp. Beteiligungen;
- Angebote nachhaltiger Geldanlagen in der Vermögensverwaltung (assetmanagement);
- Verknüpfung von Akquisition- und Finanzierungsberatung mit einer Umweltberatung; und Angebote von Bankprodukten mit starkem Umweltbezug (Wetterderivate, Rohstofftermingeschäfte etc.).

Klimaschutz ist ein wichtiges Betätigungsfeld für bankspezifische Produkte und dabei spielen ganz unterschiedliche Geschäftsfelder und Produkte eine Rolle.

Die klimapolitischen Ziele können auf unterschiedlichstem Weg erreicht werden: durch ordnungsrechtliche Maßnahmen, durch freiwillige Selbstverpflichtungen oder durch die im Kyoto-Protokoll als Königsweg dargestellten sog. flexiblen Mechanismen.

Jahrelang haben weite Kreise der Wirtschaft immer wieder lautstark gefordert, man brauche mehr Markt und weniger Ordnungsrecht. Nun wird ein marktwirtschaftliches Instrument angeboten, aber die Begeisterung hält sich - noch - sehr in Grenzen.

Ich betone das "Noch" deshalb, weil immer mehr Betroffene erkennen, dass sie durchaus zu den Gewinnern dieses Systems gehören können.

Gemeinsamer Ansatz dieser "flexiblen Instrumente" ist die Möglichkeit, Emissionsreduktionen dort vorzunehmen, wo sie ökonomisch am effizientesten durchgeführt werden können.

Auf diese Weise sollen die gemeinsamen Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen so wirtschaftlich wie möglich gestaltet werden.

Das Kyoto-Protokoll nennt 3 flexible Instrumente: "Clean Development Mechanism(CDM)", "Joint Implementation (JI)" und "Emission Trading (ET)".

Bei "Joint Implementation-Maßnahmen" werden emissionsmindernde Projekte von den Mitgliedstaaten in **Industrialändern** durchgeführt, bei CDM-Maßnahmen werden sie von den Mitgliedstaaten in **Entwicklungsländern** durchgeführt.

In Kombination mit dem Emissionshandel entsteht damit ein global anwendbares System, an dem sich alle Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls und die darin ansässigen Industrien beteiligen können.

Kernstück des ganzen Systems ist der EU-weite Emissionshandel, der zum 1. Januar 2005 eingeführt werden soll.

Das Handelssystem erfasst zunächst nur die Emission von CO<sub>2</sub>. Ab 2008 können neben CO<sub>2</sub> auch die übrigen vom Kyoto-Protokoll erfassten Gase Methan, Distickstoffoxid, Fluorkohlenwasserstoffe, Perfluorierte Kohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid in das Emissionshandelssystem einbezogen werden.

Es ist niemandem verborgen geblieben, dass es in den letzten Monaten und Jahren intensive Bemühungen von verschiedenen Seiten gab, den Emissionshandel zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Da waren mächtige Lobbygruppen am Werk, mit guten Verbindungen in sozialdemokratisch geführte Ministerien auf Bundes- und Landesebene.

Aber es hat am Ende nichts genützt - der Emissionshandel ist nicht mehr aufzuhalten.

Es ist nicht mehr die Frage, **ob** er kommt, auch nicht, **wann** er kommt, sondern nur noch die Frage, **wie** er kommt. Und auch dazu werden die Vorstellungen derer, die darüber zu entscheiden haben, immer konkreter.

Fest steht, und dass wird von der EU-Richtlinie vorgegeben, welche Industrien in der ersten Stufe am Emissionshandel teilnehmen:

- Strom- und Wärmeerzeugung mit fossilen Rohstoffen ab 20 MW,

- Mineralölraffinerien und Kokereien,
- Eisenmetallerzeugung und -Verarbeitung,
- Anlagen für die Erstellung von Roheisen oder Stahl (über 2,5 t pro Stunde),
- Anlagen zur Erstellung von Zement (mehr als 500 t pro Tag), Kalk (mehr als 50 t pro Tag), Glas einschließlich Glasfasern, keramische Erzeugnisse, Zellstoff sowie Papier und Pappe (über 20 t pro Tag).

Mit diesem Anlagenspektrum werden rund 46 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU erfasst. In Deutschland sind davon rund ca. 5.000 Anlagen betroffen, in NRW sind es 680 Anlagen. Das sind nur rund 14 % der deutschen Anlagen, aber da viele größere Anlagen darunter sind, entfallen auf sie rund 25 % der Emissionen.

Perspektivisch ist es nicht nur denkbar, dass das Anlagenspektrum erweitert wird, sondern dass auch andere Sektoren, wie z.B. der Verkehrssektor, in das Emissionshandelssystem einbezogen werden.

Die EU macht momentan mächtig Dampf, damit das zeitliche Ziel, den Emissionshandel am 1. Januar 2005 beginnen zu lassen, auch wirklich erreicht wird.

Das Verfahren zum Erlass der EU-Emissionshandelsrichtlinie, die den Rahmen für die konkrete Umsetzung des Emissionshandels in der EU darstellt, ist fast abgeschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Emissionshandel bietet viele Chancen für den Finanzsektor. Das gilt für die direkte Projektfinanzierung. Dies gilt natürlich zunächst für JI/CDM-Projekte. In diesen Fällen sind Emissionszertifikate bzw. ein Emissionsguthaben im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung ein weiterer monetärer Wert, der in die Bonität des Unternehmens einfließt und bei der Analyse des zu erwartenden Cash Flows einbezogen werden kann. Sollte die Bank als Projektfinanzierer Anteile am Unternehmen haben, könnte ein starker Überschuss an Zertifikaten dazu führen, dass die Bank auch eine höhere Gewinnausschüttung erhält.

Aber auch bei herkömmlichen Projektfinanzierungen können Emissionszertifikate eine wichtige Rolle spielen. Die vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen haben nun die Entscheidungsfreiheit, entweder klimawirksame Investitionen zu tätigen, oder die notwendigen Emissionszertifikate auf dem Markt zu erstehen.

Insgesamt hat der Emissionshandel unter Einbeziehung der genannten flexiblen Mechanismen das Ziel, die Kosten für erforderliche Minderungsmaßnahmen zu senken.

Kosten, die durch Minderungsmaßnahmen oder Zukauf von Emissions-Zertifikaten entstehen, beeinträchtigen letztlich den Cash Flow. Denn das Vorhalten von Emissions-Zertifikaten wirkt sich positiv auf die Liquidität des Unternehmens aus, zu wenig Emissions-Zertifikate negativ auf das Eigenkapital. Die Kreditwürdigkeitsprüfung könnte damit um einen Punkt erweitert werden. Eine Chance für Finanzdienstleister liegt also in der innovativen Anwendung des klimapolitischen Instrumentariums bei Projektfinanzierungen und in der Beratung, z.B. durch Umstrukturierung herkömmlicher Projekte in JI, CDM-Projekte. Die beratende Bank kann auf Möglichkeiten zur Einbindung von Emissionshandel, von Finanzierungsaspekten der Kyoto-Mechanismen und der damit verbundenen positiven Umwelteffekte hinzuweisen.

Bereits jetzt werden mit Blick auf den globalen Klimaschutz spezielle Investmentfonds, so genannte Carbon Fonds, aufgelegt. Das Portfolio von Carbon Fonds setzt sich aus Treibhausgas reduzierenden JI- bzw. CDM-Projekten zusammen. Emissionsreduzierende Projekte erhalten der Höhe der Reduktion entsprechende Zertifikate. Diese zertifizierten Emissionsgegenwerte können verkauft werden und bieten dem Investor somit zusätzliche Gewinnchancen. Seit Januar 2000 sind weltweit mehrere Carbon Fonds mit einem

Gesamtvolumen von mehr als 1 Milliarde US\$ platziert worden. Vorreiter auf dem Gebiet derartiger Fonds ist die Weltbank mit ihrem Prototype Carbon Fund (PCF) vom Januar 2000. Dieser weist aufgrund der hohen Nachfrage mittlerweile ein Volumen von 200 Millionen US\$ auf. Der PCF soll den Einsatz erneuerbarer Energien forcieren. Schwerpunkt des Fonds sind Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Aus klimatischen wie geographischen Gründen könnten diese Energieträger dort wesentlich schneller wettbewerbsfähig werden als in den meisten Industrieländern.

Der Handel mit Emissionszertifikaten unterscheidet sich nur wenig vom Handel mit anderen Wertpapieren. Banken können sich als Broker für Emissionszertifikate auf ihre Erfahrungen im Wertpapierhandel stützen.

Auch Haftungs- und Versicherungsprodukte stehen in Verbindung mit dem geplanten Emissionshandel. Zum einen könnte die Umwelthaftpflichtversicherung auf Schadensfälle (Produktionsausfälle) ausgedehnt werden, die entstehen, wenn Emissionszertifikate für die Produktion fehlen. Natürlich kann auch eine spezielle Versicherungspolice kreiert werden. Zum anderen können haftungsrechtliche Produkte entwickelt werden, die den Schaden beim Kauf oder Verkauf "nicht gedeckter" Emissionszertifikate regeln. Ein Geschäftsfeld, das massiv vom Emissionshandel profitieren wird, ist die Zertifizierung. Beratungsunternehmen, die im Rahmen des Zertifikatehandels darauf spezialisiert sind Emissionszertifikate zu beglaubigen, Emissionsminderungen zu bestätigen etc. werden im Handelssystem eine wichtige Rolle spielen. Letztlich ist es auch denkbar, dass Finanzdienstleister direkt am Zertifikatehandel bspw. als Käufer und Verkäufer von CO<sub>2</sub>-Lizenzen teilnehmen. Auch wenn die Finanzdienstleister von der Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft (noch) ausgenommen sind, haben viele Banken und Versicherungen sich jedoch eigene anspruchsvolle CO<sub>2</sub>-Minderungsziele gesetzt. Vielfach werden somit im Rahmen des Umweltaudits Maßnahmen notwendig, die nicht mehr durch Energieeinsparungen im Geschäftsbetrieb erreicht werden können. Durch den Einkauf regenerativ erzeugten Stroms oder auch durch den Kauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten können die Minderungsziele erreicht werden. Worin liegen nun die sich abzeichnenden Änderungen der Bedeutung des Klimawandels?

Erstens:

Es spricht vieles dafür, dass man rückblickend sagen wird: seit etwa 1995 ist der vom Menschen verursachte globale Klimawandel von einem "nur" Zukunftsthema zu einem Thema der Gegenwart geworden. Die gewaltigen Überflutungen im vergangenen Sommer sind starke Anzeichen dafür, dass die lange Zeit eher statistisch ablesbaren Veränderungen des globalen Klimasystems nun auch für jeden Einzelnen spürbar werden. Und das, obwohl wir erst am Beginn eines Jahrhunderts stehen, in dem weit größere Klimaveränderungen zu befürchten sind.

Zweitens:

wir erleben derzeit den Beginn einer Zeit, in der der globale Klimawandel für große Teile der Wirtschaft von einem weichen zu einem harten Thema wird. Wir sehen zunehmend, dass die Risiken des Klimawandels und die Chancen einer pro-aktiven Unternehmensstrategie nicht nur in Werbeanzeigen, Hochglanzbroschüren und Umweltberichten kommuniziert werden. Diese Themen beginnen in die finanzrelevanten Berichte der Unternehmensberichterstattung und in die Unternehmenssteuerung Eingang zu finden. Dieser Prozess steht erst am Anfang, aber er entwickelt sich sehr dynamisch. Und diese Konferenz heute ist ein weiteres Anzeichen für die Dynamik dieses Prozesses.

Denn ein zentraler Schlüssel für eine gesteigerte Dynamik künftiger Klimaschutzpolitik ist, ob der Finanzmarkt positive Entwicklungen einer Klimaschutzstrategie unterstützt. Wenn er beginnt Umschichtungen in seiner Geldanlagepolitik vorzunehmen, die diejenigen Unternehmen jeder Branche begünstigen, die eine Risiken minimierende und Chancen

optimierende Klimapolitik entwerfen. Werden die privaten Finanzströme zunehmend in eine Richtung gelenkt, in der Klimarisiken verringert werden? Das ist eine Schlüsselfrage, an der sich eine erfolgreiche Klimapolitik messen lassen muss. Das ist aber auch die Kernfrage, wenn es zu beurteilen gilt, wie sensibel der Finanzsektor auf neue Risiken reagiert. Und wir haben dieses Thema als ein Thema für den Prozess einer Landesagenda 21 in NRW aufgegriffen, weil wir hier konstruktive Ansätze für den Dialog zwischen Politik, dem Finanz- und Versicherungssektor sowie der Zivilgesellschaft sehen.

Lassen sich mich drei Bereiche aufzeigen, wo die Synergien im Hinblick auf eine Klimaschutzstrategie zwischen Politik einerseits und Finanz- und Versicherungssektor andererseits groß sein könnten.

Das gilt zum einen dafür, wie wir aufeinander abgestimmte und sich gegenseitig verstärkende Strategien der Schadensabwehr schaffen können. Schauen wir uns als Beispiel das Thema Hochwasserschutz an. Wir sehen deutliche Anzeichen dafür, dass der globale Klimawandel dieses Risiko in unseren Breiten steigert. Die durchschnittliche Regenmenge hat bereits zugenommen. Es ist aber auch klar, dass der stark zunehmende Trend von Schäden durch Wetterextreme wie Überflutungen, bislang stärker noch davon angetrieben wird, dass mehr Menschen und mehr Werte in besonders gefährdeten Regionen angesiedelt sind als früher.

Die neue Hochwasserschutzgesetzgebung, die derzeit auf Bundesebene vorbereitet wird, hat genau dies in ihrem Kern zum Ziel: Ein Bauverbot in Überschwemmungsgebieten. Gleichzeitig setzt die Versicherungswirtschaft hier deutliche Zeichen und will noch stärker als bisher den Zugang und die Prämien für Versicherungsschutz danach staffeln, wie riskant Unternehmen oder Familien siedeln. Es könnte auch sein, dass der Finanzmarkt, wegen der erhöhten Risiken, wenn in Überschwemmungsgebieten gesiedelt wird, Kredite teurer oder gar nicht zur Verfügung stellt. Hier liegt jedenfalls ein spannendes Gebiet für weitere Dialoge: wie können von den verschiedenen Akteuren Anreize gesetzt werden, Risiken zu vermeiden? Dabei müssen wir allerdings auch darüber reden, dass die verbleibenden Restrisiken nicht einfach einseitig auf den jeweils anderen Akteur - sei es die Versicherungswirtschaft oder die öffentliche Hand - verschoben werden.

Ein zweiter großer Bereich möglicher Synergien liegt in der vorsorgenden Gefahrenabwehr von Klimarisiken. Laut IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) kommt auf uns in diesem Jahrhundert eine Temperaturerhöhung von 1.5 bis 6 Grad Celsius zu. Alles was mehr als zwei Grad ist, ist - so die vorläufigen Überlegungen des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) - als "gefährlich" in globalem Maßstab einzuschätzen. Nun liegt die große Bandbreite, die die Wissenschaft für die mögliche Entwicklung in diesem Jahrhundert angibt, nur zur Hälfte in der wissenschaftlichen Ungewissheit darüber, wie stark welche Rückkopplungen sich im Klimasystem auswirken.

Die andere Hälfte der Ungewissheit liegt darin, auf welchen Pfad des Ausstoßes von Treibhausgasen wir uns begeben. Wenn wir weiter machen wie bisher, ist es fast sicher, dass wir in den als "gefährlich" anzusehenden Bereich hineingeraten. Vorsorgende Gefahrenabwehr heißt deshalb für die Politik: den Ausstoß von Treibhausgasen verringern. Daran wird sich unsere Klimapolitik am Urteil künftiger Generationen messen lassen müssen. Wenn mit einer Zunahme des Handlungsdrucks in Richtung Klimaschutzziele zu rechnen ist, müssen dann nicht die Akteure des Finanzmarktes die Unternehmen jeder betroffenen Branche danach durchleuchten, wie sie sich auf eine Zukunft mit stärkeren Treibhausgas-Restriktionen einstellen?

Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich deshalb etwa das Carbon Disclosure Projekt, in dem viele große Versicherer, Banken und Pensionsfonds gemeinsam die größten Unternehmen dieser Welt auffordern, ihre Strategie im Umgang mit den Risiken und Chancen des

Klimawandels und mit der notwendigen Klimapolitik offen zu legen. Hoch interessant ist dabei, dass nicht nur, wie erwartet, die Risiken und Chancen ungleich auf verschiedene Branchen verteilt sind. Sondern dass dies auch für die großen Unternehmen innerhalb der einzelnen Branchen gilt. In der Ölbranche etwa gibt es sowohl die, die aktives Risikomanagement betreiben; aber auch die, die eher eine "wait and see"-Haltung einnehmen; und die, die meinen den politischen Klimaschutzprozess aufhalten zu können.

Oder in der Automobilbranche: hier liegen unerwartet große Unterschiede zwischen den Herstellern sowohl was die Herstellung als auch, was den Verbrauch der Fahrzeugflotte betrifft. Die Unternehmen, die hinter der Carbon Disclosure Initiative stehen, verwalten mehr als - die fast unvorstellbare Geldmenge- von 4 Billionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ein dritter Bereich möglicher Synergien könnte darin liegen, gemeinsam die Chancen zu identifizieren, die auf dem in Deutschland bereits in Anfängen beschrittenen Weg ins regenerative Energien Zeitalter liegen. Wie bereits ausgeführt sieht gerade NRW hier große Chancen für einen zukunftsorientierten Strukturwandel. Wir werden im kommenden Jahr in der UN-Stadt Bonn den von Bundeskanzler Gerhard Schröder initiierten internationalen Erneuerbaren Energien-Gipfel haben. Auch die NRW-Landesregierung wird in diesem Umfeld eine aktive Rolle übernehmen. Eine wichtige Frage in diesem Kontext lautet:

Welche Rahmensetzungen braucht der Finanzsektor, damit er in Strukturen, Unternehmen und Projekte investiert, die neue wegweisende Technologien in den Markt einführen ?

Es ist offensichtlich, dass z.B. der Emissionshandel, indem er einen Marktpreis für Kohlendioxid generiert, eine wichtige Grundlage ist, damit der Finanzmarkt eine entsprechende Rolle spielen kann.

Meine Damen und Herren,

ich sehe ein großes Potenzial, auf den drei angesprochenen Feldern gezielt nach Synergien zu suchen:

- bei der direkten Minderung von Klimarisiken etwa beim Hochwasserschutz,
- bei der vorsorgenden Gefahrenabwehr durch klimafreundliche Investitionsentscheidungen,
- bei dem Ausbau und dem konsequenten Nutzung der ökonomischen Potenziale des Weges ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien.

Die Landesregierung NRW hat längst erkannt, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele und anderer Umwelterfordernisse die Themen Finanzdienstleistungen und Nachhaltigkeit zusammengeführt werden müssen:

Mein Haus hat zusammen mit Germanwatch das Projekt "Nachhaltigkeit von Kapitalanlagen - Meine Rente - Unsere Zukunft" durchgeführt und damit einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Mit dem Projekt wurde erreicht, dass mehr Transparenz im Bereich der ökologischen, ethischen und sozialen Kapitalanlagen erreicht wurde und eine Sensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Anbietern und Entscheidungsträgern für dieses Thema stattfand.

Mit dem Agenda 21 NRW-Projekt "Messe Grünes Geld", die gemeinsam mit der Internationalen Anlegermesse vom 7.- 9.11. 2002 in Düsseldorf stattgefunden hat, ist es uns nicht nur gelungen "Grüne Vermögensanlagen" den Investoren zu präsentieren. Es ist vielmehr auch erfolgreich dem Publikum vermittelt worden, welche Beschäftigungseffekte grüne Kapitalanlagen generieren. Beispielsweise stieg nach der Darstellung von ECoreporter.de AG alleine die Zahl der Mitarbeiter von Umweltaktiengesellschaften NRW von 929 in 1997 auf 1735 in 2001.

Kürzlich angelaufen ist das von meinem Haus betreute Agenda 21-Projekt "Business matching Nachhaltigkeit - First Tuesday nachhaltiges Investment" von ECOreporter AG und Ökozentrum NRW. Das Projekt will Investoren aus NRW, die im Bereich Nachhaltigkeit und Ethik engagiert sind zusammenbringen mit Unternehmen, an denen Beteiligungen möglich sind.

Das im Vordergrund der heutigen Veranstaltung stehende Projekt "Institutionelle Investoren und Klimaschutz, das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung den Status eines Agenda 21 NRW Projekts bekommen hat, ist direkt dem Thema der heutigen Veranstaltung gewidmet.

Ich bin auf den Bericht und die Diskussion hierzu bei der heutigen Konferenz sehr gespannt und wünsche uns allen einen guten Erfolg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.